



## Sitzungsniederschrift

Gremium : **Ausschuss für Familien und Soziales**  
Sitzungsort : **Rathaus, Ratsstiege 1, Großer Ratssaal**  
Sitzungstag : **Mittwoch, 25.04.2018**  
Sitzungsbeginn : **17:30 Uhr**  
Sitzungsende : **19:30 Uhr**

### Teilnehmer

Herr Wolfgang Bovekamp  
Frau Katja Hänsel  
Frau Kerstin Horstmann  
Herr Muzaffer Ibik  
Herr Bastian Kirsch  
Herr Hubert Kobrink  
Frau Hiltrud Krause  
Herr Sayit Kurtulus  
Herr Ludger Lücke  
Frau Elisabeth Meinders-Koepfer  
Herr Uwe Opitz  
Herr Peter Sonneborn  
Frau Svea Stehmann  
Herr Florian Westerwalbesloh  
Frau Lena Wickenkamp  
Herr Michael Zimmersch  
Herr Arno Zurbrüggen

als Vertreterin für Herrn Frederik Sudhues

### Verwaltung

Herr Jan Christopher Bräutigam  
Frau Mechthild Gröver  
Herr Jakob Schmid

### Schriftführerin

Frau Hannelore Rampelmann

**Gäste**

Frau Lena Bruce  
Frau Nora-Jean Harenbrock

InWIS Forschung und Beratung GmbH  
InWIS Forschung und Beratung GmbH

**es fehlten entschuldigt:**

**Teilnehmer**

Herr Holger Post  
Herr Frederik Sudhues  
Herr Martin Wilke

Lena Wickenkamp als Vertreterin

## Inhaltsverzeichnis

### **Öffentliche Sitzung**

**Seite:**

1. Befangenheitserklärungen
2. Niederschrift über die Sitzung vom 22.11.2017
3. Sozialraumanalyse Oelder Süden - Ergebnispräsentation durch die InWIS  
Forschung und Beratung GmbH, Bochum  
Vorlage: M 2018/500/3977
4. Sachbericht Asyl - Ergebnisbericht 2017  
Vorlage: M 2018/500/3979
5. Sachbericht SGB XII - Sozialhilfe und Grundsicherung im Alter und  
dauerhafter voller Erwerbsminderung  
Vorlage: M 2018/500/3978
6. Verschiedenes
  - 6.1. Mitteilungen der Verwaltung
  - 6.2. Anfragen an die Verwaltung

Frau Krause begrüßt die Mitglieder des Sozialausschusses, die Vertreter der Verwaltung, Frau Timmermann von der „Glocke“ sowie von dem InWIS-Institut Frau Lena Bruce und Frau Nora-Jean Harenbrock. Außerdem begrüßt sie die Bürger.

## **Öffentliche Sitzung**

### **1. Befangenheitserklärungen**

**Beschluss:** Frau Krause stellt fest, dass sich niemand für befangen erklärt.

### **2. Niederschrift über die Sitzung vom 22.11.2017**

**Beschluss:**

Der Ausschuss Soziales, Familien und Senioren nimmt die Niederschrift über die Sitzung vom 22.11.2017 zur Kenntnis.

### **3. Sozialraumanalyse Oelder Süden - Ergebnispräsentation durch die InWIS Forschung und Beratung GmbH, Bochum Vorlage: M 2018/500/3977**

**Sachbericht:**

Frau Hiltrud Krause bittet die beiden Damen des InWIS-Institutes um ihren Bericht.

Frau Lena Bruce berichtet, dass im Zeitraum Januar bis März 2018 die InWIS Forschung und Beratung GmbH im Auftrag der Stadt Oelde eine Sozialraumanalyse - Schwerpunkt Oelder Süden – erstellt hat.

Gestartet ist der Prozess mit dem Bürgerforum am 28.02.2018 im Bürgerhaus, weiter wurden Expertengespräche und etwa 200 Telefoninterviews mit Oelder Bürgerinnen und Bürgern geführt.

Bei der Auswahl der Experten wurde Wert darauf gelegt, Personen aller Altersklassen in den Prozess einzubeziehen, damit ein generationenübergreifender Blick auf die Bereiche

- Wohnen und Pflege
- Mobilität und Verkehr
- Öffentlicher Raum
- Gemeinschaftliche Angebote

gerichtet wird.

Parallel dazu sollte statistisches Material aus verschiedenen Bereichen zusammengestellt werden, um zusammen mit den ermittelten Daten vor Ort Handlungsempfehlungen für die Entwicklung eines demografiefesten Quartiers im Oelder Süden zu entwickeln.

Zunächst wird die Frage behandelt:

### **Warum ist Quartiersentwicklung wichtig?**

Dabei wurden zukünftige Herausforderungen herausgearbeitet.

#### **- Demografische und soziale Herausforderungen**

1. Alterung
2. Zunahme der Menschen mit Migrationshintergrund
3. Singularisierung
4. Pluralisierung der Lebensstile

#### **- Ökonomische Herausforderungen**

1. Altersarmut
2. Fachkräftemangel
3. Digitalisierung

#### **- Generationengerechte Quartiersentwicklung**

1. Die Lösungen sind so unterschiedlich wie die Quartiere
2. Entwicklung ist abhängig von
  - Quartiersstruktur und Problemsituation
  - Zielgruppen. Wünsche und Bedarfe der Quartiersbewohner/Innen
  - Einbindung von Akteurinnen und Akteuren vor Ort
  - Bereitschaft zu Kooperation
  - Wissen, Qualifikation und Motivation

Lt. Frau Lena Bruce gibt es keine Blaupause, um Wege und Ziele einheitlich für andere Analysen in anderen Kommunen anzuwenden.

Zur statistischen Grundlage erläutert Frau Bruce hat Oelde regionale und überregionale Anbindungen, z.B. A2 Autobahnanschluss, Bundes- und Landstraßen, einen Bahnhof, Nähe zu Flughäfen: Paderborn-Lippstadt, Münster, Düsseldorf).

Die Infrastrukturelle Eingliederung sieht im Innenstadtbereich den Einzelhandel, die Gastronomie sowie öffentliche Treffpunkte her, aber auch eine große Grünfläche (ehemaliges LGS-Gelände). Eine weitere Ausgangslage sind eine stabile Bevölkerungsentwicklung, höhere Sterberate als Geburtenrate, mehr Zuzüge als Fortzüge, stärkste Altersklasse: 46-55 Jahre (2017), Rückgang der jüngeren Altersgruppen bis 2030 sowie Anstieg der Älteren und starker Anstieg der Hochaltrigen (über 80 Jahre) bis 2030.

**Die Auftaktveranstaltung am 28. Februar 2018 beinhaltete eine Bedarfsanalyse bezogen auf die Themen**

- Wohnen und Pflege
- Verkehr und Mobilität
- Gemeinschaftsangebote
- Öffentlicher Raum

Zusammenfassend kann man feststellen, dass der Großteil der Bevölkerung sehr zufrieden ist. Ausbaufähig sind z.B. die Barrierefreiheit, Car-Sharing, Gemeinschaftsangebote, Multifunktionshalle sowie Öffentliche Toiletten.

Frau Nora-Jean Harenbrock übernimmt die Auswertung der Telefonischen Telefonbefragung. Im Oelder Süden sind 200 Personen von dem InWIS-Institut befragt worden.

Das Durchschnittsalter beträgt im Oelder Süden 51 Jahre. 73 % wohnen länger als 32 Jahre in Oelde. Mehr als 70 % möchte auch im Alter daheim bleiben. Wenige möchten in ein Heim. Mehr als 50 % wohnen im Eigentum. Weitestgehend sind die Bürger mit ihrer Wohnsituation zufrieden, für viele wäre eine kleinere, barrierefreie Wohnung aber eine Option. Ein Umdenken ist daher in der Stadtplanung bei dem Anteil der Mehrfamilienhäuser notwendig. Gewünscht werden bezahlbare kleinere Wohnungen. 61-80 qm (3 Räume), aber auch 81-100 qm (Vater, Mutter, Hilfe).

### **Auswertung der Expertengespräche**

Expertengespräche wurden mit dem Familienzentrum St. Johannes, dem Bauverein, dem Thomas-Morus-Gymnasium, dem SeniorenForum, der Caritas-Sozialstation, der Kolpingsfamilie Oelde sowie der KAB St. Johannes geführt.

Hier gelten die gesellschaftlichen Herausforderungen wie

- Überalterung
- Alterseinsamkeit
- Leichter Bevölkerungsrückgang
- Haus-/Facharztmangel
- Migration
- Wegfall familiärer Pflegesysteme

Bei den ökonomischen Herausforderungen gelten die

- Frauenarmut
- Digitalisierung
- ausreichend Bauplätze für junge Familien im Oelder Süden.

Bedeutend im Oelder Süden ist die Innenstadt, der Bahnhof, viele öffentliche Einrichtungen, das Krankenhaus sowie der Stadtpark. Die Innenstadt verfügt über einen in einen gewachsenen Althausbestand und ist ein einkommensstarker Stadtteil.

Die Alte Feuerwache/Overbergschule gilt als attraktiv gelegen genauso wie das historische Schulgebäude der Overbergschule.

Für Außenstehende hat dieses Gelände jedoch keine besondere Bedeutung.

### **Erforderliche Handlungsstrategien sind:**

- Wohnen  
kostengünstig, barrierefrei, kleinere Wohngrößen, Verharrungseffekt
- Pflege

## Zukünftige und bezahlbare Bedarfssteigerung

- Nahversorgung
  - Erweiterung Ärzteangebot
  - Kleinräumige Versorgungsstrukturen
  - Nachverdichtung Einzelhandel
- Gemeinschaft
  - Zielgruppenspezifisch
  - Multifunktionell
  - Alltäglich
  - Anlassfrei
  - Generationsübergreifend
- Öffentlicher Raum
  - Ausbau Verkehrsinfrastruktur
  - Zugang, Barrierefreiheit
  - Sicherheit

## **Zu den relevanten Akteuren einer generationengerechten Stadtentwicklung gehören:**

- Baugesellschaften/Bauherren
- SeniorenForum
- Ambulante Pflegedienste
- Soziale Einrichtungen
- Kardinal-von-Galen-Heim
- Ortsansässige Vereine wie KAB, Kolping
- Kirche
- Bürger
- Soziale Einrichtungen
- Stadt Oelde

## **Zum Bürgerschaftlichen Engagement zählen:**

- vielfältige Vereinslandschaft
- hoher Stellenwert des bürgerschaftlichen Engagements
- Aber auch
- steigende Anonymität in den Nachbarschaften
- Projektitis des Ehrenamtes
- Notwendigkeit eines „Organisators“ des Engagements

## **Zu den Handlungsempfehlungen „Wohnen“ gehören:**

- Barrierefrei, kostengünstig
- Gemeinschaftangebote
- Innovative Wohnkonzepte
- Mischbebauung Größe/Preis
- Jung kauft Alt
- Wohnkonzepte in Ergänzung um ambulante Pflege

## **Handlungsempfehlungen zu dem Thema Pflege:**

- Entwicklung von Wohnraum mit ergänzenden Pflegeleistungen
- Einrichtung einer Kurzzeitpflege

### **Handlungsempfehlungen zum Thema Versorgung:**

- Sicherung der medizinischen Versorgung
- Lieferdienste der Lebensmittelhändler

### **Handlungsempfehlungen Öffentlicher Raum/Mobilität:**

- Barrierefreiheit bei Modernisierungs-/Sanierungsmaßnahmen umsetzen
- Errichtung von barrierefreien Toilettenanlagen/behindertengerechten Toiletten  
z.B. Einführung des Konzeptes „Nette Toilette“
- Schaffung von weiteren Möglichkeiten zur sicheren Straßenquerung
- Aufstellen von Bänken in den Quartieren
- Ausbau des ÖPNV-Angebotes in alle Stadtteile  
z.B. Car-Sharing, ASM, Mitfahrerbank, Bürgerbus

### **Handlungsempfehlungen Gemeinschaft:**

- Schaffung eines zentralen Generationshauses als Treffpunkt  
z.B. VHS
- SeniorenForum
- Jugendtreffs
- Generationsübergreifende Angebote
- Jung lernt von Alt/Alt von Jung/Alt und Jung lernen gemeinsam
- Angebote sollten gebündelt werden – kein Konkurrenzdenken
- Schulung von Vereinsmitarbeitern

In der anschließenden Diskussion kamen verschiedene kritische Bemerkungen zum Tragen, wie z.B. fehlende Integration, Straßenzüge zum Teil russisch- türkisch, wenig deutsch, Gefahr einer Parallelgesellschaft – diese Themenfelder vermisse man bei der Präsentation.

Frau Nora-Jean Harenbrock teilt mit, dass diese Anliegen mit in die Ausführungen aufgenommen werden sollen, jedoch soll die Migration/Integration nicht Hauptbestandteil werden. Man könne sie jedoch gesondert ansprechen.

Herrn Bastian Kirsch sind die Ausführungen zu allgemein gehalten. Er wünscht sich konkretere Handlungsempfehlungen. Diese kritischen Anmerkungen wurden auch von anderen Ausschussmitgliedern unterstützt.

Herr Wolfgang Bovekamp sprach die ansteigende Zahl der Personen mit Migrationshintergrund an und fragte, ob die Integration zu kurz komme.

Ebenso fragte Herr Michael Zummersch, wie Menschen mit anderen kulturellen Hintergründen besser eingebunden werden können. Er betonte das vielfältige Vereinsleben in Oelde und man müsse sich fragen, warum Menschen mit Migrationshintergrund nicht daran teilnehmen. Auffällig ist, dass jeder vierte Befragte im Oelder Süden angibt, niemanden im Umfeld zu haben, der ihn unterstützen würde.

Bestätigt wurde das von dem InWIS-Institut in den Experteninterviews. Früher wurde der Schlüssel für Notfälle in der Nachbarschaft abgegeben, heute bei der Caritas. Immer weniger Bürger würden ihre Nachbarn kennen. Auch der Fachkräftemangel wird in Oelde ankommen. Was kann man an dieser Stelle tun?



Herr Florian Westerwalbesloh merkt an, dass sich die Wohnsituation in Oelde verändert. Immer mehr ältere Menschen leben allein in ihren Häusern und scheuen sich davor, Wohnraum zu vermieten. Vielleicht gibt es Möglichkeiten durch Öffentlichkeitsarbeit, die Bereitschaft der Vermietung zu unterstützen.

Frau Nora-Jean Harenbrock vom InVIS Institut bestätigte die Aussagen in der Analyse, dass sich Menschen kleinere Wohnungen wünschen, aber es fehle an Angeboten. Im Durchschnitt würden sich die Menschen 34 Quadratmeter weniger wünschen.

Der Vorschlag: „Jung kauft Alt“ könnte eine Handlungsempfehlung für die Zukunft sein.

Herr Hubert Kobrink fragt an, ob die Verwaltung nicht eine zugehende Beratung anbieten kann. Wo sehen wir die nächsten Schritte, die die Politik und die Verwaltung gehen müssen?

Es wurden weitere Fragen diskutiert, wie:

- Soll eine Anlaufstelle geschaffen werden?
- Wie kann die Verwaltung auf die Menschen zugehen?
- Gibt es einen sogenannten „Kümmerer“?
- Muss ein neuer Masterplan aufgestellt werden?
- Sollen „Runde Tische“ für verschiedene Projekte installiert werden?

Herr Jakob Schmid teilt ergänzend mit, dass der Kreis Warendorf in Everswinkel in einem Projekt die konkrete Wohnberatung für Personen ab 75 Jahre angeboten hat. Dieses Angebot soll zukünftig gemeinsam mit dem Kreis Warendorf auch in Oelde aufgenommen werden. Die ersten Vorgespräche haben bereits stattgefunden. Nach Vorliegen der Endauswertung wird der Bericht von der Verwaltung konkretisiert und bei der nächsten Ausschuss-Sitzung mit weiteren Handlungsempfehlungen weiter diskutiert.

Der Ausschuss dankt den beiden Damen des InWIS-Institutes für ihre gute Arbeit.

Die Präsentation wird dem Protokoll als Anlage beigefügt. Eine schriftliche Ausarbeitung mit sämtlichen Hintergrunddaten, Auswertungen aus der Sozialraumanalyse wird Mitte Juni zur Verfügung stehen.

#### **Beschluss:**

Der Ausschuss nimmt Kenntnis

#### **4. Sachbericht Asyl - Ergebnisbericht 2017 Vorlage: M 2018/500/3979**

##### **Sachverhalt:**

##### **1. Aufwendungen 2017 im Bereich Asyl – Künftige Kostenbeteiligung des Landes an den Flüchtlingskosten der Kommunen (FlüAG-Pauschale)**

Frau Mechthild Gröver teilt mit, dass im Rahmen der Ist-Kostenermittlung 2017, die alle Kommunen in NRW für die künftige Berechnung der FlüAG-Pauschale in jedem Quartal gemeldet haben, sehr detaillierte Aussagen zur sämtlichen angefallenen Kosten im Rahmen der Unterbringung und Versorgung der Asylbewerber vorliegen. Berücksichtigt wurden in der Kostenaufstellung neben den laufenden Kosten für den Lebensunterhalt einschl. Krankenhilfe, den Kosten der Unterbringung u.a. auch die städtischen Personalkosten, Overheadkosten sowie Kosten der Betreuung.

Auf der Grundlage dieser landesweiten Datenerhebung soll die künftige FlüAG-Pauschale, mit der sich das Land an den Asylkosten der Kommunen beteiligt, ermittelt werden. Aus Sicht der Kommunen unhaltbar ist die derzeitige Abrechnung der geduldeten Flüchtlinge.

Für den Lebensunterhalt der Flüchtlinge, Krankenhilfe, Versorgung mit Wohnraum, soziale Betreuung und städt. Personal hat die Stadt Oelde in 2017 folgende Aufwendungen geleistet:  
(berücksichtigt sind in 2017 geleistete Zahlungen und in 2017 realisierte Erträge)

	2017 in Euro	2017 In Euro
Laufende Leistungen zum Lebensunterhalt	1.383.854	
Personalkosten Ahlen für Soli-Fonds	10.673	
Betreuung – Mütterzentrum und DRK	271.671	
interne Verrechnung FD 012 Gebäudemanagement + Bewirtschaftung 500	912.111	
- Anteil Energie + Frischwasserkosten		119.188
- Anteil Mieten und Pachten		218.618
Abschreibungen **	199.660	
Leasing – Bulli **	4.603	
Personal - Stadt einschl. Hausmeister **	335.064	
Overheadkosten **	117.272	
Ehrenamtsarbeit - Flüchtlinge **	5.421	
<b>Gesamtaufwand Asyl 2017</b>	<b>3.240.327</b>	
- Anteil Interne Kosten Oelde **		656.599
Ertrag Erstattung FlüAG	2.203.104	
Erträge - Erst. Jobcenter,	26.803	
Erträge - Benutzungsgebühren	218.838	
Andere Erträge	1.550	
Zusatzertrag aus Schlussrechnung Notunterkunft	133.339	
<b>Ertrag Asyl</b>	<b>2.583.664</b>	
<b>Rechnungsergebnis Asyl 2017</b> ( Aufwand ./ Ertrag)	<b>-656.663</b>	

### 1.1 Aktuelle Finanzierungsproblematik aus kommunaler Sicht

Weiter teilt Frau Mechthild Gröver mit, dass eine aus Sicht der Kommunen nicht tragbare finanzielle Belastung sich aus dem aktuellen Abrechnungsverfahren nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz (FlüAG) ergibt:

Zurzeit endet die Kostenerstattung für geduldete Personen (= abgelehnte und ausreisepflichtige Asylbewerber) drei Monate nach Ausstellung der Duldung durch die Ausländerbehörde. In den wenigsten Fällen reisen diese Personen innerhalb dieser drei Monate aus – im Gegenteil, je nach Herkunftsland kann sich die Ausreise auf unbestimmte Zeit verzögern, ohne dass eine Kommune hierauf Einfluss nehmen könne.

Weiter teilt Frau Gröver mit, dass im Januar 2018 bei der Berechnung der Flüchtlingspauschale bereits 23 geduldete Flüchtlinge außen vorgeblieben sind, d.h. der Stadt Oelde fehlen im Januar  $23 \times 866\text{€} = 19.918\text{€}$  monatlich aus der pauschalen Landesbeteiligung nach FlüAG. Auf das Jahr hochgerechnet entspricht das einem „kommunalen Anteil“ von 239.016€ an den Kosten für die Versorgung und Unterbringung von Flüchtlingen.

Anfang Februar haben sich die Bürgermeisterin und Bürgermeister im Kreis Warendorf an den Landtag gewandt und auf diesen Finanzierungs-Missstand in den Kommunen hingewiesen. In der Antwort dazu erkennt die Landesregierung eine Finanzierungslücke zu Lasten der Kommunen ausdrücklich an und sichert die nachdrückliche Einforderung einer stärkeren finanziellen Bundesbeteiligung bei den Flüchtlingskosten sowie bei der Unterstützung einer effektiven Rückführung Ausreisepflichtiger durch den Bund zu.

In Aussicht gestellt wird den Kommunen eine Entlastung von rd. 100 Mio. Euro im Bereich Integration noch in 2018. Nach den letzten Informationen erhält Oelde hieraus rd. 144.000 Euro.

## 2. Erwartungen 2017

Bewegen sich die Zahlen der neu beim BAMF (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge) registrierten Asylbewerber weiterhin auf dem aktuell niedrigen Niveau, kann die Stadt Oelde im Laufe des Jahres von moderaten Zuweisungszahlen d.h. unter 50 Neuzuweisungen im Jahr ausgehen.

Neuzuweisungen im Rahmen der Wohnsitzauflage d.h. Zuweisungen anerkannter Flüchtlinge, die aus Landesaufnahmeeinrichtungen verteilt werden, können bei einer aktuell erfüllten Aufnahmequote von rd. 68% jedoch nicht ausgeschlossen werden. Prognosen zu möglichen Familiennachzügen lassen sich nur schwer abgeben.

Weitergehende Ausführungen zum Thema siehe Newsletter Nr. 10 vom 19.02.2018.

### Übersicht: Asylbewerbersituation 2017/2018 und Vergleich mit Vorjahren

	2016 Stand: 31.12.16	2017 Stand 31.12.17	2018 Stand 31.03.18
<b>Gesamtzahl der Bewohner in Unterkünften</b>	455	350	341
<b>Anerkannte Personen in Unterkünften</b>	74	116	107
<b>Asylbewerber</b>	381	234	232
<b>in Ü-Heimen untergebrachte Personen</b>	Oelde: 248 (35) Stromb.: 91(16) Lette: 34 (4) Sünning.: 35 (5) ( ) = anerkannt	Oelde: 220 (70) Stromb.: 59 (9) Lette: 23 (10) Sünning: 23 (11) ( ) = anerkannt	Oelde: 202 (67) Stromb.: 56 (9) Lette: 23 (10) Sünning: 26 (11) ( ) = anerkannt
<b>in Privatunterkünften untergebracht</b>	47	52	34 (10)
Neuzuweisungen	224	25	0
Aufenthaltstitel	69	97	3
Ablehnungen/Klagen*		111	5

Abschiebungen	3	2	3
Duldungen (Summe)		21	31
Freiwillige Rückreise	10	9	0
Umzug in and. Kommune	10	2	0
Abmeldung von Amtswegen	7	5	2
Regelmäßig abwesend			12
Arbeitsaufnahme	3	34	48
Personen im laufenden Leistungsbezug	335	137	175

\*Zahlen nur bedingt aussagekräftig, da genauer Verfahrensstand (Ablehnung oder Klage) nicht zwingend vor Ort bekannt ist.

### 3. Situation in den Unterkünften – Kapazitätenplanung 2018 und Folgejahre

Frau Mechthild Gröver berichtet weiter, dass am 10.03.2017 die 535 Regelplätze in den Übergangwohnheimen und in angemieteten Privatwohnungen zu etwa 58% belegt waren.

Mit Blick auf die aktuelle Entwicklung der Flüchtlingszahlen und Fertigstellung der beiden Häuser am Gröningsweg/Im Bulte und Meienbrockstraße soll ein schrittweiser moderater Abbau der Unterbringungskapazitäten erfolgen. Langfristiges Ziel ist die dezentrale Unterbringung in kleineren Einheiten, die eine bessere Integration der Bewohner erwarten lässt.

Für die Aufgabe beider angemieteten Großobjekte unabdingbar ist jedoch der Neubau weiterer Sozialwohnungen, in die vor allem anerkannte Flüchtlinge aus den städtischen Übergangwohnheimen einziehen können.

Details hierzu hat der Bürgermeister dem Rat am 16.04.2018 vorgelegt.

### 4. Betreuungssituation/Ehrenamt – Integration

Die engmaschige Betreuung der Flüchtlinge durch Sozialarbeiter des Mütterzentrums Beckum e.V. sowie Betreuungskräfte des DRK hat sich bewährt und soll auch in Zukunft nicht vollständig aufgegeben werden. Ob der Betreuungsumfang in den Unterkünften bei Rückbau der Platzkapazitäten stundenmäßig zurückgefahren kann, wird derzeit geprüft.

Ein aus städtischen Mitteln finanzierter Einstiegs-Sprachkurs läuft zurzeit für Flüchtlinge, die keine Aussicht auf einen aus BAMF-Mitteln geförderten Integrationskurs haben. Der Kurs soll fortgeführt werden, damit die Personen im Anschluss eine Chance auf einen Job erhalten.

Mit Unterstützung von Frau Ilona Hesse und Frau Anja Radner ist es vielen Flüchtlingen gelungen eine Arbeit oder sogar eine Ausbildungsstelle zu finden. Vor allem Flüchtlinge mit relativ geringen Bleibeperspektiven konzentrieren sich darauf, einen Job zu finden, weil sie keine Chancen auf einen Platz in geförderten Sprachkursen des BAMF haben. Weiter hoffen sie, ihre Bleibechancen über eine Arbeitsstelle zu verbessern.

Die Jobs finden sie überwiegend bei Zeitarbeitsfirmen oder im Niedriglohnsektor; häufig aber nur in befristeten Arbeitsverhältnissen.

Neben der Selbstbestätigung für die Flüchtlinge, bringt die Arbeitsaufnahme erhebliche Einsparungen bei den laufenden Asylleistungen. Einzelpersonen benötigen dadurch häufig gar keine Leistungen für den Lebensunterhalt mehr, für Familien sinken sie anteilig.

Weiterhin engagieren sich zahlreiche Ehrenamtliche in der Flüchtlingsarbeit, sei es als Patin oder Pate für Familien, Einzelpersonen oder in den Integrations-Cafés, im Gemeinschaftsgarten Stromberg, im Sport oder als Fahrer/in.

In ihrer unterstützenden und begleitenden Integrationsarbeit ergänzen sich die Ehrenamtlichen und die Mitarbeiter/innen des Mütterzentrums und DRK in einem engen und vertrauensvollen Austausch hervorragend.

Herr Florian Westerwalbesloh bedankt sich für den immer wieder aktuellen Stand der Newsletter. Weiter fragt er nach einem Plan B, wenn neue Flüchtlinge kommen sollten.

Herr Jakob Schmid teilt mit, dass man ständig beobachtet, wie die Flüchtlingssituation aussieht. Man wird immer eine Reserve zur Verfügung haben müssen, die mit neuen Flüchtlingen belegt werden könne. Das Haus Am Landhagen 88 wird noch weiter belegt.

Frau Kerstin Horstmann möchte wissen, ob die 12 Personen, die regelmäßig abwesend sind, noch Leistungen erhalten. Dieses wird seitens der Verwaltung verneint.

Auf die Frage von Herrn Uwe Opitz, wie die Planung bei der Flüchtlingssituation aussieht, teilt Frau Gröver mit, dass wir im Moment in der Aufnahmeverpflichtung mit 106 % ausgelastet sind und keine Asylbewerber aufnehmen müssen. Aber die Situation verändere sich laufend. Neuzuweisungen anerkannter Flüchtlinge im Rahmen der Wohnsitzzuweisungen können bei der aktuell zu 60 % erfüllten Quote nicht ausgeschlossen werden. Schwierig ist auch die Prognose zu möglichen Familiennachzügen.

Frau Mechthild Gröver ergänzt, dass die Landesunterkünfte derzeit ausreichend sind, sodass die Asylbewerber zunächst für drei Monate in den Unterkünften des Landes untergebracht werden. Nach 3 Monaten werden diese erst an die Kommunen weitergeleitet. Neuantragsteller aus den Balkanländern werden nicht auf die Kommunen verteilt.

Die Weiterentwicklung und Fortschreibung des Integrationskonzeptes der Stadt Oelde ist ab der zweiten Jahreshälfte 2018 vorgesehen.

Aus der Sitzung des Rates vom 10.07.2017 liegt der Beschluss vor, zur Fortschreibung und nachfolgenden Umsetzung des Integrationskonzeptes ab 2018 eine Stelle mit 19,5 Wochenstunden für die Dauer von zwei Jahren über einen externen Dienstleister zu besetzen. Vor dem Hintergrund geänderter Neuzuweisungen hält die Verwaltung es für vertretbar, den Umfang der laufenden Flüchtlingsbetreuung durch das Mütterzentrum ab dem 01.07.2018 um 19,5 Wochenstunden zu reduzieren. Die frei werdenden Wochenstunden sollen für die vorgesehene Fortschreibung des Integrationskonzeptes und seiner Umsetzung genutzt werden, dazu laufen entsprechende Vertragsverhandlungen mit dem Mütterzentrum Beckum e.V.. Mit dieser Vorgehensweise können die im Etat unter 05.04.03 5291001 bereitgestellten Mittel in Höhe von 33.000 € eingespart werden.

#### **Beschlussvorschlag:**

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

#### **5. Sachbericht SGB XII - Sozialhilfe und Grundsicherung im Alter und dauerhafter voller Erwerbsminderung Vorlage: M 2018/500/3978**

**Sachbericht:**

Frau Mechthild Gröver teilt mit, dass an dieser Stelle wie in den Vorjahren eine Übersicht zu den Fallzahlen im SGB XII – 3. Kap. Sozialhilfe und 4. Kap. Grundsicherung im Alter und bei dauerhafter voller Erwerbsminderung erfolgt. Der Aufwand für diese Sozialleistungen wird nicht im städtischen Etat abgebildet, sondern erscheint als Gesamtsumme aller Aufwendungen im Kreishaushalt. Dabei sind Aufwendungen für die Sozialhilfe (3. Kap.) SGB XII aus kommunalen Mitteln zu erbringen, d.h. steigenden Aufwendungen hier, können zu Mehraufwendungen in der Kreisumlage führen. Aufwendungen für die Grundsicherung nach dem 4. Kap. SGB XII werden inzwischen aus Bundesmitteln an den Kreis erstattet.

Im 4. Kapitel liegen die Fallzahlen in Oelde im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung verglichen mit anderen kreisangehörigen Kommunen zwar relativ niedrig, jedoch steigen diese kontinuierlich an. Niedrigere Rentenansprüche aufgrund „gebrochener Erwerbsbiografien“ (längere Arbeitslosigkeit und Bezug von SGB II-Leistungen) und ein sinkendes Rentenniveau werden diesen Trend in den kommenden Jahren fortführen. Weiter verschärfend wird sich der Renteneintritt der kommenden geburtenstarken Jahrgänge auswirken.

Eine Verbesserung für Empfänger von Grundsicherungsleistungen im Alter, die freiwillige Altersvorsorge betrieben haben, ist zum 01.01.2018 eingetreten: für freiwillig erworbene Rentenansprüche wird bei der Berechnung von Einkommen und Vermögen ein Freibetrag berücksichtigt, d.h. ein Betrag bis maximal 50% des Regelsatzes der Stufe 1 (z.Zt. rd. 210€) bleibt anrechnungsfrei und steht zusätzlich zur Grundsicherungsleistung zur Verfügung.

Leistungen nach dem 3. Kap. SGB XII erhalten v.a. alleinstehende Personen, die vom Jobcenter nach längerfristiger Erkrankung (d.h. mehr als 6 Monate mit der gleichen Diagnose) als vorübergehend nicht erwerbsfähige Personen in die Sozialhilfe überführt werden, da sie dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung stehen.

### Fallzahlen und Kosten SGB XII 3. und 4. Kapitel zum Stichtag 31.12.

	3. Kap. SGB XII = Sozialhilfe	4. Kap.SGB XII = Grundsicherung im Alter und bei dauerhafter voller EU*	3. Kap. SGB XII = Sozialhilfe	4. Kap.SGB XII = Grundsicherung im Alter und bei dauerhafter voller EU*	
	Fallzahlen Fälle/Personen Stand 31.12.	Fallzahlen Fälle/Personen Stand 31.12.	Ausgaben in Euro	Ausgaben in Euro	Gesamt- ausgaben in Euro
2014	20/21	162/185	120.845	833.076	953.921
2015	22/26	163/187	136.515	820.377	956.892
2016	34/35	167/190	227.625	849.346	1.076.971
2017	34/34	183/208	322.120	1.024.316	1.347.096

Herr Hubert Kobrink bittet darum, dass die Möglichkeit, die Menschen über den Anspruch der Grundsicherung bei den zukünftigen und auch bereits aktiven Rentnern zu informieren, seitens der Verwaltung weitergegeben werden soll.

Frau Mechthild Gröver teilt hierzu mit, dass sowohl über die Rentenstelle wie auch bei der Hilfe zur Pflege etc. auf einen möglichen Anspruch auf Grundsicherung bereits hingewiesen wird. Bei den Neurentnern erhalten alle Personen mit einem Rentenanspruch unter 800 Euro automatisch einen Hinweis durch die Rentenversicherung. Die Anregung, die Rentner, die bereits länger ihre Rente erhalten, zu informieren, soll an die Rentenversicherung weitergegeben werden.

**Beschluss:**

Der Ausschuss nimmt Kenntnis

## 6. Verschiedenes

### 6.1. Mitteilungen der Verwaltung

- Frau Mechthild Gröver berichtet, dass zwischenzeitlich ein Gespräch mit dem SKF stattgefunden hat. Zu geringeren Konditionen wurde ein Vertrag über die Ehrenamtsarbeit abgeschlossen. Der neue Vertrag hat eine Laufzeit vom 01.07.2018 bis 30.06.2020.
- Herr Wolfgang Bovekamp berichtet, dass am 02.03.2018 eine Ausstellung zum Thema Telefon-Seelsorge im Rathaus Oelde von Herrn Manfred Spitzer eröffnet wurde. Immer mehr Menschen sind einsam und haben keine Menschen, mit denen sie reden können. Die Telefon-Seelsorge bietet diesen Menschen ein Portal, damit sie Hilfe bekommen. So ein Telefongespräch dauert durchschnittlich 24 Minuten. Die Anzahl der Anrufe steigt stetig. Die Telefonseelsorge Hamm hat ca. 100 ehrenamtliche Helferinnen und Helfer und ist zuständig für den Bereich Hamm und Oelde.

**Beschluss:** Der Sozialausschuss nimmt Kenntnis.

### 6.2. Anfragen an die Verwaltung

Auf Vorschlag der SPD soll bei der nächsten Sozialausschuss-Sitzung eine Besichtigung von fertig gebauten Wohnungen des Bauvereins, u.a. an der Meienbrockstraße, mit Herrn Steinhüser stattfinden. Die Verwaltung soll sich darum kümmern.

**Beschluss:** Der Sozialausschuss nimmt Kenntnis.

Hiltrud Krause  
Vorsitzende

Hannelore Rampelmann  
Schriftführerin